

LIBERALE MITTELSTAND WILL SACHSEN- ANHALT WIRTSCHAFTS- UND FREIZEITFRIENDLICHER MACHEN

Pressekonferenz am 2. Februar 2015

[LIM](#) [LSA](#), [Mittelstand](#), [Sachsen-
Anhalt](#)

Bernburg. Die Liberale Initiative Mittelstand (LIM) Sachsen-Anhalt, die sich im Herbst letzten Jahres konstituiert hatte, hat am vergangenen Montag (2. Februar 2015) in Bernburg eine Pressekonferenz mit Mitgliedern der Partei im Jahr. Den Mitgliedern wurde die Bedeutung der LIM für die Entwicklung der liberalen Politik in Sachsen-Anhalt erläutert. Die LIM ist eine Initiative des Liberalen

Mittelständlerin Kerstin Kemmerich, mit dem Titel „Der Unternehmer – Verantwortung und die Kunst der Freiheit“. Kemmerich forderte unter anderem eine mehr „Mittelständlerkultur“ in Deutschland und den Abbau bürokratischer, wirtschaftlicher Hürden und Vorschriften. Darüber hinaus sparte er nicht mit Kritik an der Großen-Unternehmenskultur, die uns derzeit in Deutschland einer Kultur gegenüber, in der es zu einem regelrechten Misstrauen seitens der Politik entgegengebracht wird.

Das Mindestlohngesetz und die neue Baunutzungsordnung sind hervorragende Beispiele dafür. Hören Sie auf, zu reglementieren und wollen und fangen wir an, den Mittelständlern und Gründern auch mal etwas zuzutrauen.“ Abschlusssatz von Kemmerich den FDP-Chef Christian Lindner: „Steve Jobs wäre in Deutschland mit seiner Baunutzungsordnung für seine Garage gescheitert.“

Nach der anschließenden Diskussion steckten die ca. 300 Teilnehmer der Veranstaltung die gemeinsamen Ziele für 2015 ab. Unter anderem ist geplant, die Kreisversammlungen künftig auch bei regionalen mittelständlichen Unternehmen abzuhalten und somit noch besseren Input aus der Wirtschaft zu erhalten. Der Landesvorsitzende Ralf König fasste abschließend zusammen: „Nach der Landtagswahl 2016 ist es unser Ziel, unsere Mitgliedszahl zu erhöhen und als Vorfeldorganisation der Freien Demokraten ein praktisches Know-how in die Programmentwicklung einzubringen. Wir wollen dafür sorgen, dass Sachsen-Anhalt zu einem der freundschaftlichsten Bundesländer wird.“